



Bio-Bauer Tiemann
Widersprüchliche Buchführung

Nicht selten steht am Anfang eines großen Skandals eine kleine Geschichte. Wie die von Andreas H., der vor fünf Jahren als Bio-Bauer anfang. Seinen vollen Namen möchte er lieber nicht lesen. Weil er Angst vor seinen Kunden hat und vor seinen Kollegen, den anderen Bauern.

2007 ließ der Landwirt auf seinem Hof im Emsland einen Hühnerstall bauen. Aus der konventionellen Ebermast wollte er aussteigen, fortan sollten glückliche Hennen seinen Lebensunterhalt sichern: Ökolandbau, so dachte Andreas H., stehe im Einklang mit der Natur, und der Bio-Eiermarkt versprach gute Gewinne.

Es war, was der Bauer damals nicht ahnte, das erste Kapitel eines Kriminalfalls, der sich zum größten in der deutschen Agrarwirtschaft seit Jahrzehnten entwickeln könnte. Denn inzwischen führt die Staatsanwaltschaft Oldenburg rund 150 Ermittlungsverfahren gegen Eiererzeuger in ganz Niedersachsen; fast jeder fünfte Betrieb im Hühnerland Nummer eins der Republik steht damit unter Verdacht. Weitere 50 Fälle haben die Ermittler an Behörden in Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern abgegeben, sogar in den Niederlanden und in Belgien sind Legebetriebe betroffen.

Es geht um Betrug, Verstoß gegen das Lebensmittel- und das Öko-Landbaugesetz. Und womöglich haben die Eierproduzenten auch Tierschutzvorschriften und Umweltgesetze missachtet. 60 Millionen Euro, haben die Fahnder angeblich ausgerechnet, könnten die Hühnerfarmen mit ihren Trickereien ergaunert haben.

An die Öffentlichkeit ist von alledem bislang nichts gedrungen. Die Staatsanwaltschaft hält sich bedeckt, sie bestätigte vorige Woche nur die Existenz der Verfahren. Die niedersächsische Regierung informierte offenbar nicht einmal die Ministerien anderer Bundesländer.

Die Ermittlungen gehen zurück auf die Hühner, die für Andreas H. ökologisch korrekte Bio-Eier legen sollten. Der Bauer hatte für die Tiere eine Auslaufläche angelegt. Doch abends mochten die neuen Hennen partout nicht in ihren Stall zurück. Reintreiben ließ sich das Federvieh auch nicht. Das war im Winter 2007, und etliche Tiere verendeten bei Frost.

An sich liefern Zuchtbetriebe verlässlich Legehennen, die wissen, was von ihnen erwartet wird. Die Hühner, die H. bei der Firma Gudendorf-Ankum erworben hatte, verweigerten aber in hoher

KRIMINALITÄT

Die Beichte des Bauern

Staatsanwälte durchsuchten Hunderte Betriebe von Landwirten. Der Verdacht: Bio-Eier wurden falsch deklariert, Hühner in überfüllten Ställen gequält. Die Verbraucher erfuhren nichts.



ULLSTEIN BILD

PEJA DEUTSCHLAND

Legehennen im Tiemann-Stall
Ohnehin krank?

Zahl den Dienst. Er beschwerte sich, wollte die Lieferung nicht bezahlen, man traf sich vor Gericht.

Dort wunderte sich der Richter, weshalb der Landwirt 15 000 Hennen geordert hatte. In den vier Abteilen seines Bio-Stalls hätte er nämlich nur 12 000 Tiere unterbringen dürfen. Die Überbelegung, antwortete der Bauer auf die Frage des Richters, habe ihm der Berater des Verkäufers empfohlen. „Er sagte, das machen alle so“, behauptete Andreas H., also habe er es auch so gemacht.

Der Rechtsstreit ist längst beendet. Die Beichte des Bauern aber setzte die Ermittlungsmaschine in Gang.

13,2 der 36,6 Millionen Legehennen in deutschen Ställen leben offiziell in Niedersachsen, und schon lange hegten Experten den Verdacht, dass die Zahl der registrierten Hühner nicht mit den gelegten Eiern in Einklang stehen könne. Vor allem bei Öko-Eiern, für die Verbraucher einen Mehrpreis von rund zehn Cent pro Stück zu zahlen bereit sind, gab es Hinweise auf Schmu. Bislang fehlten freilich Beweise. Da bot die Darstellung von Bauer H. nicht nur eine Erklärung – sondern auch den Schlüssel für genaue Untersuchungen.

Im September 2011 bekam deshalb der Zuchtbetrieb Gudendorf-Ankum, der zum Agrarkonzern der Familie Wesjohann gehört, Besuch. Bei ihrer Razzia fand die Polizei offenbar Hinweise auf ebenso raffinierten wie systematischen Betrug in der deutschen Eierbranche. Heute möchte sich das Unternehmen zu den Ermittlungen nicht äußern.

Im Rahmen des Großverfahrens „Überbelegung“ durchsuchten Fahnder in den folgenden Monaten Hunderte Ställe und Büros, transportierten Lkw-Ladungen voll Beweismittel ab. Ob und wann die Zentralstelle für Landwirtschaftssachen der Staatsanwaltschaft Oldenburg erste Anklagen einreichen wird, ist noch unklar.

Fest steht hingegen schon jetzt, dass die Verbraucher auch von Eierproduzenten hinters Licht geführt werden. Nach Pferdefleisch-Skandal, Dioxin-Angst und Bio-Sprossen-Panik geht es nun um etliche Millionen Bio-Eier, die diese Bezeichnung nicht verdienen, weil die Haltevorschriften nicht eingehalten wurden. Es geht aber auch um Betrug bei konventioneller Boden- oder Freilandhaltung.

Diesmal sind es nicht Täter im fernen Rumänien, die verantwortlich gemacht werden können, oder verunreinigte Bockshorn-Klee-Samen aus Ägypten, die zu beklagen sind. Im Visier stehen deutsche Vorzeigeunternehmen, denen viele Kunden bislang vertraut haben.

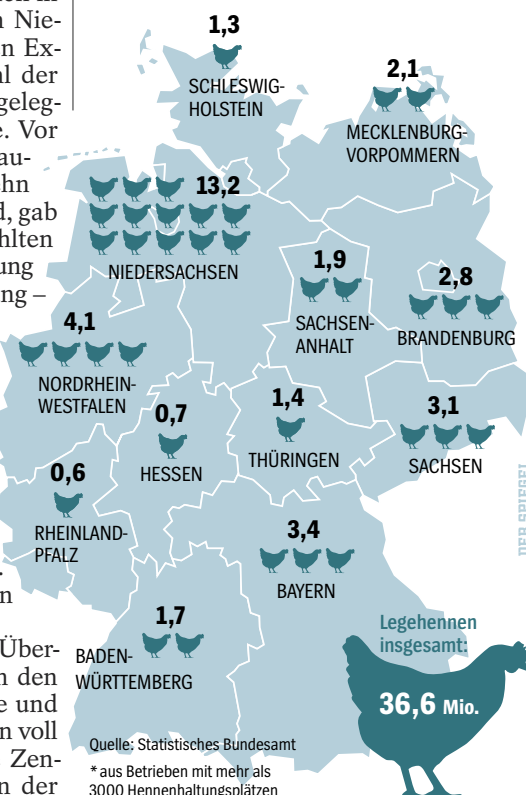
So etwa Heinrich Tiemann. Der Landwirt aus dem niedersächsischen Twistringen galt lange Zeit als ein Mann, der die Massentierhaltung mit den Ansprüchen

des ökologischen Landbaus versöhnte. Schon in den neunziger Jahren stellte er seinen eigenen Hof auf Bio um, kaufte etliche Ställe in Nord- und Ostdeutschland hinzu oder baute neue. Das von ihm gegründete Unternehmen Wiesengold gilt als der größte Bio-Eiervermarkter Deutschlands, liefert laut Eigenwerbung täglich zwei Züge voll mit Ökoeiern aus – rund eine halbe Million Stück.

Der gute Ruf nahm Schaden, als im vergangenen Herbst radikale Tierschützer

Hühnerland Niedersachsen

Legehennenbestände*, in Millionen



von „Animal Rights Watch“ und „Peta“ nachts in Ställe der Familie Tiemann einbrechen – und schockierende Filme über sterbende Tiere drehten. Tiemann verteidigte sich, die Hühner seien ohnehin krank gewesen und kurze Zeit nach den Aufnahmen notgeschlachtet worden.

Was Tiemann bis heute nicht aufklären kann, ist die widersprüchliche Buchführung in einer der Anlagen. Nach dem ständig zu führenden „Haltungsbuch“ war bereits ein Viertel der Tiere gestorben, ehe der ausgelaugte Rest zum Schlachter gekarrt wurde. Auf ihrer letzten Reise müssen manche der verendeten Hühner aber wieder ins Leben zurückgekehrt sein – nur so lässt sich plausibel erklären, dass die Zahl der geschlachteten Hennen höher war als der offizielle Restbestand. Heinrich Tiemann will sich zu den Ermittlungen nicht äußern.

Aus dem Fall lernten die Fahnder, dass es neben der Überbelegung in den Ställen eine weitere Möglichkeit gibt, den Ertrag zum Nachteil der Tiere zu „optimieren“: über die Ernährung der Hühner.

Wer Bio-Eier verkaufen will, muss seine Hennen auch mit Bio-Futter versorgen. Dieser speziellen Nahrung fehlen aber bestimmte Aminosäuren. Legefroide Züchtungen, wie sie in der konventionellen Eierproduktion verwendet werden, können davon Mangelerscheinungen bekommen. Als Folge neigen die Hennen dazu, sich am Federkleid anderer Tiere zu bedienen. Und gegenseitiges Hacken oder gar Kannibalismus kommen noch häufiger vor als ohnehin schon.

Tiemann nahm diese Risiken offenbar in Kauf: Er setzte auf Hochleistungstiere und verabreichte ihnen Bio-Futter.

Ob der Betrug mit dem Öko-Siegel allerdings strafverfolgt werden kann, hängt auch davon ab, das komplizierte Geflecht in der deutschen Landwirtschaft zu durchschauen. Allein für die Ställe und Betriebe von Tiemann und seiner Familie haben die Ermittler ein Schaubild gezeichnet, das einem komplizierten Schaltplan gleicht – und sich fast wöchentlich ändert. Hinter Tiemanns Wiesengold steht inzwischen jedenfalls der Konzern Deutsche Frühstücksei aus Neunkirchen-Vörden, angeblich Deutschlands größter Eierverkäufer. Äußern mag sich das Unternehmen dazu nicht.

Und wer die Eigentümer des Konzerns im Einzelnen sind, ist auch nicht klar. Im Handelsregister finden sich alteingesessene Familien wie Schockemöhle und von Lehmden, doch den größten Anteil am 30-Millionen-Euro-Stammkapital hält eine Firma All-Contract aus Oldenburg. Wer dort anruft, landet bei einer Steuerberaterin. Immerhin ist der Ursprung der Eierfirma bekannt: Der Konzern wurde einst gegründet, um die Ställe von Anton Pohlmann zu übernehmen. Der „Hühnerbaron“ hatte in den neunziger Jahren unter anderem für Schlagzeilen gesorgt, weil er bis zu sechs Hühner in Käfige stopfte, die für vier vorgesehen waren. 1996 belegte ihn das Landgericht Oldenburg mit einem lebenslangen Tierhaltungsverbot.

Zu den aktuellen Ermittlungen teilt die Geschäftsführung von Deutsche Frühstücksei lediglich mit, man sei nicht betroffen. Das mag formal stimmen. Andererseits steckt hinter manchem angeblich bäuerlichen Familienbetrieb längst heimlich ein gewerbliches Unternehmen. Selbst das Niedersächsische Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, das die Legehennenbetriebe registriert, weiß nichts über die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Höfe.

Wer als Landwirt in der Eierbranche finanziell überleben will, kann das nur mit Masse. Und möchte ein Bauer seine Produkte nicht allein auf dem Wochenmarkt

verkaufen, ist er auf die wenigen Packstellen angewiesen, die es in Deutschland gibt – etwa Wiesengold. Ausschließlich solche Vertriebsfirmen dürfen Eier nach Güteklasse und Gewicht sortieren und so in die Supermärkte bringen. Auch Jungennen und Futtermittel lassen sich nur bei einer Handvoll Lieferanten bestellen.

Der Umfang der staatsanwaltlichen Ermittlungen zeigt, was von den Beteuerungen der ökologischen Anbauverbände zu halten ist, die ihren Kunden vollmundig versichern, die Produktion ihrer Mitglieder lückenlos zu kontrollieren. So gehören viele Ställe von Tiemann bis heute dem Naturland-Verband an. Hinweise auf eine mögliche Überbelegung der Ställe habe er allerdings nie erhalten, sagt Naturland-Geschäftsführer Steffen Reese.

Andere fühlen sich selbst schlecht informiert, wie IMO, eine Ökokontrollstelle, die auf Geflügel spezialisiert ist. Auch IMO-Prüfer waren in den vergangenen Monaten mehrmals in Tiemann-Ställen – offenbar ohne Befund. Erst im Dezember, klagt Geschäftsführer Peter Schaumberger, hätten sie dezente Hinweise vom Land Niedersachsen erhalten, dass sie möglicherweise ausgetrickst würden. Bis dahin habe man sich auf die vorgelegten Lieferscheine und Rechnungen verlassen. Die Tiere in den Ställen zu zählen sei ohnehin unmöglich.

In Hannover wird das Zurückhalten der Informationen vom zuständigen Ministerium damit begründet, dass man die Ermittlung nicht gefährden wollte. Plausibel wäre aber auch eine andere Erklärung: Die Massentierhaltung spielte im Landtagswahlkampf eine große Rolle. Da wären der CDU Schlagzeilen über einen Öko-Skandal höchst unangelegen gekommen. Zumal die Ermittler sich wohl auch für einen Stall interessieren, der dem Landtagsabgeordneten Clemens Große Macke gemeinsam mit Tiemann gehört. Der Politiker aus Cloppenburg, der die meisten Stimmen aller CDU-Direktkandidaten erhielt, hat allerdings mit der Führung des Stalls nichts zu tun.

Wie nahe sich die gerade abgewählte Regierung und die Geflügelwirtschaft sind, zeigte sich vor zweieinhalb Jahren, als Astrid Grotelüschen Landwirtschaftsministerin war. Die angeblich familiengeführte Mastputenbrüterei ihres Mannes gehört in Wirklichkeit zum Imperium der Wesjohanns – aus deren Reich auch die Hennen für Andreas H. kamen.

Grotelüschen's Nachfolger, der Grüne Christian Meyer, ist in der vergangenen Woche vereidigt worden. Im Wahlkampf punktete er mit populistischer Kritik an der Massentierhaltung. Nun will er den Worten auch Taten folgen lassen: „Wir prüfen, ob man den überführten Betrieben die Zulassung entziehen kann.“

MICHAEL FRÖHLINGSORF



Defizitärer Flughafen Hahn, rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Dreyer: „Eines unserer“

FLUGHÄFEN

Notlandung

Europaweit ermittelt die EU-Kommission gegen illegale Subventionen von Regional-Airports. Mit Tricks versucht Rheinland-Pfalz, die drohende Pleite seines Flughafens Hahn abzuwenden.

Mitunter gibt es sogar Erfreuliches vom Flughafen Hahn in Rheinland-Pfalz zu berichten. Der marode Kontrollturm von 1954 wird neuerdings durch ein Stahlgerüst abgestützt, so dass er weiterhin genutzt werden kann, meldet die Flughafenzeitung „Hahn affairs“. Und voraussichtlich ab Mai kommen Rumänien-Reisende mit der Fluggesellschaft Wizz Air in den Genuss einer Direktverbindung nach Tirgu Mures, was irgendwo in Transsilvanien liegt.

Die meisten Nachrichten allerdings, die von dem Regional-Airport in der Landeshauptstadt Mainz dringen, sind bedrohlichen Inhalts. Der Flughafen Hahn, den Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) als „eines unserer herausragenden Infrastrukturprojekte“ lobt, schreibt chronisch Verluste. Es brenne „lichterloh“, warnte der Geschäftsführer kürzlich. Lebensfähig war der Landeplatz bisher nur, weil Rheinland-Pfalz als Haupteigentümer ihm wiederholt mit neuen Krediten und Kapitalspritzen aus öffentlichen Kassen aushalf, zuletzt im Wert von mehr als zehn Millionen Euro jährlich.

Damit könnte es bald vorbei sein. Die Brüsseler EU-Kommission, die schon seit Jahren die Geschäfte des Flughafens kritisch begleitet, hält die Hilfen aus Mainz laut einer vorläufigen Stellungnahme teil-

weise für „grundsätzlich nicht mit dem Binnenmarkt vereinbar“. Die Wettbewerbsbehörden haben Hahn ebenso ins Visier genommen wie Dutzende weitere Regionalflughäfen in ganz Europa. Allein in Deutschland laufen acht Prüf- und Ermittlungsverfahren: neben dem Hunsrück-Airport gegen die Flughäfen in Lüneburg, Altenburg-Nobitz, Weeze, Berlin-Schönefeld, Dortmund, Saarbrücken und Zweibrücken.

Die Experten des Brüsseler Wettbewerbskommissars Joaquín Almunia gehen davon aus, dass sich die kleinen Airports mit den öffentlichen Mitteln unzulässige Vorteile verschaffen – und dass die Subventionen am Ende bei Billiglinien wie Ryanair oder Easyjet landen, die diese Regionalflughäfen nutzen.

Almunias Leute glauben, dass die Flughafenbetreiber die Airlines auf Kosten der Steuerzahler mit günstigen Start- und Landegebühren locken, hohe Rabatte offerieren oder großzügige Unterstützung bei der Werbung für Reiseziele anbieten. Dies wiederum sichere den Billiganbietern Vorteile auf dem Ticketmarkt und hohe Gewinne. Linien wie die Lufthansa, die vorzugsweise teure Großflughäfen wie Frankfurt am Main oder München anfliegen, protestieren seit Jahren gegen diese aus ihrer Sicht unzulässige Förderung der Konkurrenz.